



---

**Botschafterinformationstag 2015**

**Ansprache von Regierungschef Adrian Hasler  
„Die Kunst einen Staat zu führen“**

**Montag, 29. Juni 2015**

---

Es gilt das gesprochene Wort!

Durchlauchten

Exzellenzen

Sehr geehrte Damen und Herren Botschafterinnen und Botschafter  
geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Gäste

ich begrüße Sie alle ganz herzlich zum Botschafterinformationstag hier in Vaduz und bedanke mich für Ihr zahlreiches Kommen. Ich freue mich sehr, dass Sie heute unserer Einladung nach Liechtenstein gefolgt sind.

Der Anlass heute ist Ausdruck der vielfältigen Verbundenheit zwischen Liechtenstein und seinen Partnerstaaten. Diese Verbundenheit hat sich in vielerlei Hinsicht bewährt. Gerade in diesen Zeiten des schnellen Wandels sollten wir zu Bewährtem achtsam bleiben.

Sehr verehrte Damen und Herren

Winston Churchill hat gesagt „Der Preis der Grösse heisst Verantwortung“. Bezogen auf Liechtenstein heisst das jedoch nicht, dass der Preis der Kleinheit die Verantwortungslosigkeit ist. Im Gegenteil, gerade als kleiner Staat sind wir uns der Verantwortung gegenüber den Bürgern und auch den Partnerstaaten sehr bewusst.

Liechtenstein pflegt eine sehr lebendige Partnerschaft zu seinen Nachbar- und Partnerländern. Seit über 90 Jahren sind zum Beispiel die Schweiz und Liechtenstein über den Zollvertrag besonders eng verbunden. Doch dieser Zollvertrag von 1923 ist im Lauf der Geschichte immer wieder in partnerschaftlicher Weise zwischen unseren Ländern angepasst worden, zuletzt im Zuge des EWR-Beitrittes Liechtensteins vor 20 Jahren. So kommt dem Zollvertrag neben seiner völkervertraglichen Wirkung auch eine symbolische Bedeutung für die besonderen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zu. Er schuf die Grundlage für eine weit über seinen Anwendungsbereich hinausgehende Rechtsangleichung und Harmonisierung auf wirtschafts- und sozialrechtlichem Gebiet.

An diesem Beispiel erkennen wir, dass sich bilaterale Beziehungen ebenso weiterentwickeln, wie sich unser Umfeld stetig weiterentwickelt. Dabei stellen sich immer wieder neue Herausforderungen für uns und unsere Partner. Dabei ist es uns ein grosses Anliegen, jeweils Lösungen im Lichte des besonderen Verhältnisses zwischen den einzelnen Ländern zu finden.

Neben dem Zollvertrag ist aber auch die Währungsunion ein weiterer wichtiger Pfeiler unserer historisch gewachsenen Verbundenheit mit unserem Nachbarn Schweiz. Diese Partnerschaft zwischen unseren Staaten ist sicher ein Standortfaktor für Liechtenstein. Diese Verbundenheit hat aber auch Konsequenzen. Der SNB-Entscheid vom 15. Januar zur Aufhebung des Mindestkurses zwischen Franken und Euro stellt auch für unsere Wirtschaft eine besondere Herausforderung dar. Sowohl der Finanzplatz wie auch der Industrie- und Werkplatz sind von diesem Entscheid massgeblich betroffen. Die Massnahmen der Unternehmen reichen von Kostensenkung, Erhöhung der Arbeitszeit, Einstellungsstopp, Nulllohnstunden bis hin zu Lohnkürzungen und Auszahlung der Löhne in Euro. Besonders betroffen vom Entscheid der SNB ist vor allem das Gewerbe. Diese KMU's sind der Konkurrenz aus dem EURO-Raum ausgesetzt und haben auf einen Schlag ihre Margen verloren. Die Kosten jedoch fallen in Schweizer Franken an und können

kaum ins Ausland verlagert werden.

Sehr verehrte Damen und Herren

Werfen wir aus aktuellem Anlass nun einen Blick auf die Beziehungen zur EU.

Am 1. Mai 2015 konnte Liechtenstein auf zwanzig Jahre Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum EWR zurückblicken. Das liechtensteinische Stimmvolk hat bei den Volksabstimmungen 1992 und 1994 mit jeweils knapp 56 % „Ja-Stimmen“ mutig den Sprung ins kalte Wasser gewagt und dadurch den EWR-Beitritt ermöglicht.

Aus Anlass der zwanzig jährigen Mitgliedschaft liess die Regierung eine repräsentative Meinungsbefragung bei den liechtensteinischen Stimmberechtigten durchführen. Das Resultat hat mich positiv überrascht. Mit 85 % hat eine überwiegende Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohnerinnen ein positives Bild vom EWR. Rund drei Viertel bezeichnen den EWR als Erfolgsmodell. Der EWR-Beitritt hat in Kombination mit der UNO-Mitgliedschaft einen entscheidenden Beitrag zur Anerkennung von Liechtensteins Souveränität in Europa und der ganzen Welt geleistet. Für einen Kleinstaat wie Liechtenstein ist die erreichte Stärkung der Eigenstaatlichkeit besonders hoch zu bewerten.

Liechtenstein hat die Transformation des Finanzplatzes ins 21. Jahrhundert konsequent vorangetrieben. Der Finanzplatz Liechtenstein ist ein international anerkannter und verlässlicher Partner. Als Beispiel möchte ich die Umsetzung des Automatischen Informationsaustausches nennen. Liechtenstein hat sich mit dieser Entwicklung intensiv befasst. Die Regierungserklärung vom November 2013 ist Ausdruck dafür. Und wir wollen uns weiterhin an den Diskussionen aktiv beteiligen, wenn es um die einheitliche und wirksame Anwendung, die Überprüfung und die Weiterentwicklung diese globalen Standards geht. Dies tun wir aus der Überzeugung, dass wir die Entwicklung möglichst direkt begleiten müssen, um für die liechtensteinischen Unternehmen und deren Kunden ein möglichst grosses Mass an Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Dass dies auch mit Rückschlägen verbunden ist, mussten wir vorletzte Woche mit der Ankündigung der EU-Kommission betreffend einer Liste sogenannter unkooperativer Staaten erfahren. Diese von der EU publizierte Liste von sogenannt unkooperativen Staaten ist aus unserer Sicht willkürlich erstellt und trägt unserem Bekenntnis zu den internationalen Standards zur Steuerkooperation in keinsten Weise Rechnung.

Liechtenstein als unkooperativen Staat seitens der EU zu bezeichnen ist für uns nicht akzeptabel. Ich möchte deshalb unmissverständlich festhalten, dass wir den Vorwurf der fehlenden Steuerkooperation mit der EU entschieden zurückweisen. Ich verweise auf unser Bekenntnis zu geltenden internationalen Standards, den schon sehr weit fortgeschrittenen Stand der Verhandlungen mit der EU über die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches und auf den Dialog zu Themen der Unternehmensbesteuerung. Unter Berücksichtigung dieser bestehenden engen Zusammenarbeit mit der EU in Steuerfragen betrachten wir die von der EU-Kommission vorgenommene Nennung Liechtensteins als einer der Staaten, die im Kampf gegen die Steuervermeidung nicht mit der EU kooperiert, als völlig ungerechtfertigt.

Wir haben die Botschafter aller EU-Staaten über unseren Standpunkt informiert und um Unterstützung gebeten. Nicht zuletzt dank Ihrer Unterstützung hat die EU-Kommission nur zwei Tage später eine Erklärung abgegeben. Darin hält die Kommission fest, dass die Zusammenarbeit mit

Liechtenstein sehr eng ist und anerkennt ausdrücklich die Rolle Liechtensteins bei der Steuertransparenz und dem Informationsaustausch in Steuersachen. Damit relativiert die EU die Bedeutung der veröffentlichten Liste und hält selbst die Schwächen dieses Ansatzes fest.

Der Schaden für die Reputation Liechtensteins ist jedoch bereits erfolgt. Ich möchte betonen, dass wir dennoch an unserer Strategie zur Steuerkonformität festhalten und diesen Weg auch konsequent weitergehen. Im Sinne eines verantwortungsvollen und partnerschaftlichen Handelns erwarte ich jedoch, dass die von der EU publizierte Liste vom Internet entfernt wird. An alle Länder, die Liechtenstein aus irgendeinem Grund noch gelistet haben, appelliere ich, mit uns in Dialog zu treten, damit wir eine rasche Lösung finden, um Liechtenstein von der nationalen Liste zu streichen.

Ich habe eingangs Winston Churchill mit den Worten zitiert: „Der Preis der Grösse heisst Verantwortung“. Diese Verantwortung ist von allen zu tragen.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen allen an dieser Stelle im Namen der Gesamtregierung Liechtensteins herzlich danken, dass diese enge Zusammenarbeit zwischen Ihren Ländern und Liechtenstein möglich ist. Ich wünsche Ihnen einen interessanten und anregenden Austausch.